



ECUADOR

factsheet

2025-15



Arbeiterinnen in Guayaquil, dem Zentrum der ecuadorianischen Bananenindustrie

DER LANGE SCHATTEN DER MACHT: **SHRINKING SPACES IM BANANENSEKTOR VON ECUADOR**

VON PABLO CAMPOS

Ecuator, im Nordwesten Südamerikas gelegen, hat eine lange Tradition der systematischen Ausgrenzung der arbeitenden Bevölkerung. Zwar gab es im 20. Jahrhundert einen kurzen Zeitraum der politischen Öffnung, doch schrittweise wurden oligarchische Machtstrukturen wiederhergestellt. Ecuador kann deshalb auch als Beispiel dafür dienen, dass Shrinking Spaces, also die Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume (s. Kasten Seite 3), als dauerhafte Praxis verstanden werden können.

Sie sind ein Prozess, der durch politische und ökonomische Kräfte verstärkt oder abgeschwächt werden kann. Diese Perspektive ist besonders auf Länder anwendbar, in denen zivilgesellschaftliche Handlungsräume nie dauerhaft existierten, sondern nur temporär toleriert werden.

GEPRÄGT DURCH SOZIALE UNGLEICHHEIT

Ecuadors Wirtschaft ist und bleibt durch eine strukturelle Abhängigkeit von externen Faktoren geprägt. Ihre Entwicklung hängt stark von der Öl-



INFODATEN ECUADOR

Hauptstadt	Quito
Bevölkerungszahl	18,1 Mio. (2024)
Menschen in extremer Armut (Einkommen weniger als 3 USD/Tag)	1,3 Mio. (7,3% der Bevölkerung)
Wichtigste Ausfuhrüter	Nahrungsmittel, Erdöl, Rohstoffe
Wichtigste Abnehmerländer	1. USA 2. Panama 3. China
Wichtigste Ausfuhrüter nach Deutschland	Nahrungsmittel und Rohstoffe
Rangliste des Global Gender Gap Index	79/146 (2024)
Rangliste der Pressefreiheit	94 von 180 (2025)
CIVICUS Monitor	Beschränkt (48 von 100 Punkten)
Global Rights Index	5 (Keine Garantie von Rechten)
LGBT Equality Index	65 (39 von 197)

Quellen: World Bank 2024, GTAI 2024, World Economic Forum 2024, Reporter ohne Grenzen 2025, CIVICUS 2024, ITUC 2024, Equaldex 2025

preisdynamik, klimatischen Extremen und geopolitischen Spannungen ab. Nach einem Wachstum von rund 2,4 % im Jahr 2023 – leicht über dem lateinamerikanischen Durchschnitt (Banco Central del Ecuador 2024; Beylis et al. 2023: 2) – verzeichnete das Land 2024 eine Kontraktion des Bruttoinlandsprodukts um 2,0 % (Banco Central del Ecuador 2025).

Diese makroökonomischen Schwankungen wirken sich unmittelbar auf die soziale Struktur des Landes aus. Die zweitwichtigste Einnahmequelle Ecuadors sind inzwischen die Rücküberweisungen der schätzungsweise 1,5 bis 2 Millionen im Ausland lebenden Ecuadorianer*innen. Im Jahr 2024 entsprachen diese remesas etwa 5,2 % des BIP (América Economía 2025; World Bank 2025). Die hohe Abhängigkeit von diesen Transfers verdeutlicht die anhaltende Fragilität der nationalen Einkommensbasis.

SHRINKING SPACES: DIE EINSCHRÄNKUNG VON HANDLUNGSSPIELRÄUMEN

Unter Shrinking Spaces wird die zunehmende Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume verstanden. Dazu gehört die schrittweise Begrenzung von politischen Partizipationsmöglichkeiten und Freiheiten für Organisationen und Individuen, häufig gepaart mit Willkür und Straflosigkeit für mächtige Personen. Weltweit sind verstärkt Entwicklungen zu beobachten, wonach zivilgesellschaftliches Engagement immer stärker unter Druck gerät – durch repressive Gesetze, Überwachung, Einschränkungen von Versammlungsrechten oder bürokratische und finanzielle Hürden für NGO. Auch für jede*n Einzelne*n wird zivilgesellschaftliches Engagement immer gefährlicher. Maßnahmen gegen Aktivist*innen und Gewerkschafter*innen reichen von Einschüchterungen, Freiheitsstrafen und Gewaltandrohungen bis hin zu Ermordungen.

In insgesamt acht Factsheets greift SÜDWIND diese Thematik anhand von Beispielländern aus Afrika, Amerika und Asien auf.

Der Anteil der Bevölkerung, der unter der Armutsgrenze lebt, ist seit dem Jahr 2000 zwar deutlich gesunken – von etwa 64,4 % auf rund 28 % –, doch zeigt sich seit einigen Jahren wieder ein aufwärtsgerichteter Trend (World Bank 2024). Besonders stark betroffen sind ländliche Gebiete, in denen 43,3 % der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze und 27,0 % in extremer Armut leben (Ecuador en Cifras 2025). Berücksichtigt man die multidimensionale Armut – ein Konzept, das neben Einkommen auch den Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und grundlegender Infrastruktur einbezieht – liegen die Werte in ländlichen Gebieten sogar bei 71,2 % bzw. 46,4 % (Ecuador en Cifras 2025). Diese Indikatoren verweisen auf eine anhaltende strukturelle Ungleichheit zwischen urbanen und ländlichen Räumen sowie auf die Grenzen konventioneller Armutsmessung in Ländern mit hoher informeller Beschäftigung, zu denen Ecuador gehört.

Der Bananensektor stellt einen der zentralen Pfeiler der ecuadorianischen Exportökonomie dar. Je nach Quelle sind zwischen 250.000 und 350.000 Personen direkt oder indirekt beschäftigt; einige Schätzungen gehen von bis zu drei Millionen aus (Vaca et al. 2020: 62). Obwohl die Branche die dritt wichtigste Devisenquelle des Landes ist, existieren kaum systematische Datenerhebungen, die verlässliche Einblicke in Arbeitsverhältnisse, Löhne oder Beschäftigungssicherheit

erlauben. Die fehlende Datentransparenz ist kein Zufall, sondern Teil einer politischen Ökonomie der Komplizenschaft, in der Verschleierung und selektive Sichtbarkeit zur Stabilisierung bestehender Machtstrukturen beitragen.

In einer von der German Retailers Working Group mit Unterstützung der GIZ veröffentlichten Studie wird behauptet, dass nur 0,66 % der befragten Arbeiter*innen – deren Plantagen 64 % des nach Deutschland exportierten Volumens abdecken – weniger als einen existenzsichernden Lohn erhalten (GIZ 2023). Grundlage war ein Self-Reporting-Tool, das von Einzelhändlern an ihre Lieferanten weitergegeben wurde, ohne die Perspektive der Beschäftigten oder Gewerkschaften einzubeziehen. Die Autor*innen der Studie räumen selbst ein, dass Vor-Ort-Kontrollen und Gespräche mit Arbeit

ter*innen erforderlich wären, um die Plausibilität der Angaben zu überprüfen.

Die Diskrepanz zwischen solchen Darstellungen und den sozialökonomischen Realitäten sind erheblich. In den meisten Plantagen wird Gewerkschaftsfreiheit faktisch nicht respektiert; weniger als zwei Prozent der Beschäftigten im Bananensektor sind gewerkschaftlich organisiert. Nach Angaben der Beobachtungsstelle für Arbeit und kritisches Denken der Zentraluniversität von Ecuador verdienen 83 % der Arbeiter*innen nicht genug, um den Grundwarenkorb zu decken (Radio Pichincha Multimedia 2025). Die informelle Beschäftigungsrate in ländlichen Gebieten liegt bei rund 71 % (Primicias 2021). Diese Konstellation deutet auf ein System struktureller Exklusion hin, in dem große Teile der Arbeitskräfte sozial und institutionell unsichtbar bleiben.

NACHGEFRAGT

*Im Oktober 2025 sprach SÜDWIND mit Partner*innen aus Ecuador zu den Auswirkungen des Lieferkettengesetzes in Ecuador und zur Situation von Landarbeiter*innen und Gewerkschafter*innen. Die Reaktionen von drei Bananenarbeiter*innen, die aus Angst vor Repressalien anonym bleiben möchten, sind im Folgenden wiedergegeben.*

SÜDWIND: Wie beurteilen Sie die Entwicklungen zum Lieferkettengesetz?

Interviewpartner*in 1: Ich glaube, auch wenn es stimmt, dass das Gesetz zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten sehr wichtig ist, um die Einhaltung von Vorschriften und Arbeitsrechten in Ecuador zu erreichen, passiert in der Realität bisher nicht viel. Denn es wurden bislang keine wirksamen Maßnahmen für Kontrolle und Überprüfung getroffen – auch nicht im Hinblick auf die bestehenden Gewerkschaften. Anstatt etwas Positives zu sehen, muss ich leider sagen, dass sich nichts verändert hat, denn die Verletzungen von Rechten und die Verfolgung von Gewerkschaftsführer*innengehen weiter. Das Wachstum der Gewerkschaften wird nicht zugelassen. Man versucht immer wieder, diejenigen einzuschüchtern, die als Gewerkschaftsführer*innen die Rechte verteidigen, die sowohl in der Verfassung als auch in den ILO-Normen verankert sind. Ich selbst bin Gewerkschaftsführer und aus meiner Sicht hat sich bislang nichts verbessert – auch wenn das Gesetz

sehr wichtig ist. Aber es muss auch Kontrolle und Überwachung geben, auch innerhalb der Gewerkschaften. Das ist ungefähr das, was wir als Gewerkschaftsvertreter*innen über dieses Gesetz sehen: Es ist äußerst wichtig, aber es fehlt noch sehr viel.

Interviewpartner*in 2: Die Realität in unserem Land ist, dass wir zwar laut Verfassung das Recht auf Gewerkschaftsfreiheit haben, doch das existiert nur auf dem Papier. Man spricht in Dokumenten von Vereinigungsfreiheit, aber wenn ein Unternehmer erfährt, dass sich Arbeiter*innen organisieren, werden sie praktisch ausgegrenzt und entlassen. Von ungefähr 360.000 Bananenarbeiter*innen sind nicht einmal 2 % gewerkschaftlich organisiert. Das ist sehr bedauerlich und zeigt, wie stark die Verfolgung von Gewerkschaftsführer*innen in unserem Sektor ist.

Interviewpartner*in 3: Ich bin seit vielen Jahren eine Arbeiterin im Bananensektor. Im Jahr 2021 schloss ich mich einer Gewerkschaft von Bananenarbeiter*innen an und übernahm dort eine wichtige Funktion – als Vertreterin der arbeitenden

Frauen im Bananensektor. Vergleicht man die Jahre 2021 bis 2023, waren das sehr schwierige Zeiten für unsere Kolleg*innen. Und auch heute leben wir in sehr schweren Zeiten. Für die Arbeiter*innen ist es kompliziert, sich zu äußern. Wir fühlen uns von den Gesetzen im Stich gelassen, weil sie schlichtweg nicht angewendet werden. Wir wissen nicht, an wen wir uns wenden sollen. Wir haben keine Sozialversicherung, uns werden keine Überstunden bezahlt. Kurz gesagt: Wir fühlen uns verlassen. Wir arbeiten so viele Stunden am Tag. Unser Lohn entspricht kaum dem gesetzlichen Mindestlohn. Es sind sehr schwierige, sehr komplizierte Zeiten. Wir sind Menschen mit Familien, viele von uns sind alleinerziehende Mütter. Oft ist es für uns sehr schwer, zur Arbeit zu gehen, weil wir niemanden haben, der auf unsere Kinder aufpasst. Das sind Dinge, die wir tatsächlich jeden Tag erleben. Wir bekommen keine Unterstützung vom Staat, keine Unterstützung von der Sozialversicherung, keine Unterstützung von irgendwem. Wir sind – wir sind wirklich alleingelassen.



Ecuador gehört zu den größten Bananenexporteuren der Welt.

Zum sozio-ökonomischen Ausschluss weiter Bevölkerungsteile kommt der in den letzten Jahrzehnten wachsende Drogenhandel hinzu, durch den Handlungsspielräume für die Zivilgesellschaft eingeschränkt werden.

CHRONIK EINES ANGEKÜNDIGTEN KRIEGES

Die sicherheitspolitische Krise Ecuadors ist eng mit der Ausweitung des Drogenhandels und der Zunahme illegaler Finanzströme verbunden. Als die Regierung in den Jahren 2018 und 2019 erstmals offiziell die Präsenz der mexikanischen Kartelle Jalisco Nueva Generación und Sinaloa sowie der albanischen Mafia einräumte, war diese Realität der Bevölkerung längst bekannt. Besonders in wohlhabenderen Schichten kursierten bereits seit Jahren Informationen über Geldflüsse aus dem Drogenhandel. Nach Schätzungen der ecuadorianischen Regierung wurden 2012 jährlich rund 3,46 Milliarden US-Dollar gewaschen (Cisneros Corrales / Barragán Pacheco 2024: 167). Dennoch endeten laut La Hora (2025) nur etwa ein Prozent der eingeleiteten Verfahren mit einem rechtskräftigen Urteil.

Die Mechanismen der Geldwäsche operieren in einem hybriden Raum zwischen legalen und illegalen Märkten – insbesondere in der Immobilienbranche, im illegalen Bergbau und in der Bananenproduktion. Nach Schätzungen beträgt die inoffizielle Anbaufläche für Bananen rund 40.000 Hektar zusätzlich zu den 160.000 Hektar offiziell registrierter Flächen (Fresh Plaza 2022). Ein erheblicher Teil der nach Europa exportierten Drogen wird in den über 360 Millionen Bananenkisten verborgen, die Ecuador jährlich verlassen. Diese Überschneidung zwischen legalem Handel und organisierter Kriminalität verdeutlicht die strukturelle Verwobenheit ökonomischer und krimineller Interessen.

Seit 2020 hat sich die Gewaltspirale drastisch verschärft. Ursprünglich lokal agierende Banden entwickelten sich zu überregionalen Netzwerken, die um die Kontrolle zentraler Schmuggelrouten konkurrieren und zunehmend eigenständig agieren. Besonders sichtbar wurde diese Eskalation in den ecuadorianischen Gefängnissen, wo seit dem Jahr 2020 bei wiederkehrenden Auseinandersetzungen mehr als 600 Inhaftierte ums Leben kamen (Amnesty International 2024).

Die Dynamik der Gewalt weitete sich rasch auf das gesamte Land aus. Im Jahr 2023 gehörten fünf der zehn Städte mit den weltweit höchsten Mordraten zu Ecuador, darunter drei in den Provinzen mit intensivem Bananananbau (Muggah / Aguirre Tobón 2023). Die Stadt Durán, die 2017 noch auf Rang 453 lag, wies nun die weltweit höchste Mordrate auf. Parallel dazu verzeichnete die Organisation Fundamentos (2018; 2022) eine drastische Zunahme von Angriffen auf Journalist*innen: 2022 wurden 356 Fälle dokumentiert, gegenüber 83 im Jahr 2018.

Im Jahr 2023 gehörten fünf der zehn Städte mit den weltweit höchsten Mordraten zu Ecuador, darunter drei in den Provinzen mit intensivem Bananananbau.

DER EUPHEMISMUS VOM „KRIEG GEGEN DIE DROGEN“

Die gegenwärtige Sicherheitskrise in Ecuador lässt sich nur im Kontext regionaler Drogenbekämpfungsstrategien verstehen. Der sogenannte Krieg gegen die Drogen war nie ein Kampf gegen die Ursachen des Handels, sondern gegen dessen Symptome. Besonders deutlich wird dies am Beispiel des Plan Colombia, des zwischen 2000 und 2016 von den USA mitfinanzierten Programms, das offiziell der Bekämpfung des Drogenanbaus und -handels dienen sollte. Unter dem Vorwand der Drogenbekämpfung wurde der kolumbianische Sicherheitsapparat massiv aufgerüstet, während zehntausende Zivilist*innen getötet und große Teile des Regenwaldes durch chemische Entlaubungsmittel kontaminiert wurden (Geopolitical Economy 2022).

Trotz des immensen finanziellen Aufwands scheiterte der Plan in seinen zentralen Zielsetzungen. Im Jahr 2016 belief sich die Kokaanbaufläche in Kolumbien auf etwa 146.000 Hektar; 2024 lag sie bei rund 253.000 (UNODC 2024). Anstatt die Drogenökonomie einzudämmen, führte die Militarisierung des Konflikts zu einer Verlagerung von Produktions- und Transportrouten. Seit 2018 hat sich Ecuador infolgedessen von einem Transitland zu einem zentralen Knotenpunkt des globalen Kokainhandels entwickelt (Associated Press 2024).

Bereits 2007 hatte das Internationale Suchtstoffkontrollamt auf diese Tendenz hingewiesen und eine zunehmende Konzentration der Kokainproduktion entlang der ecuadorianischen Grenze festgestellt (INCB 2007: 50). Zwischen 2016 und 2022 verschob sich der geografische Schwerpunkt

der Kokainproduktion deutlich in die Departements Nariño und Putumayo, deren Grenzgebiete an Ecuador angrenzen. Nach Daten von Rivera Rhon und Bravo Grijalva (2020) wurden 47 % der kolumbianischen Kokainproduktion in dieser Zone konzentriert, die Hälfte davon in einem Radius von weniger als zehn Kilometern zur ecuadorianischen Grenze.

Ecuador ist damit zu einem Knotenpunkt in einem System geworden, das der Krieg gegen die Drogen selbst hervorgebracht hat. Die aktuelle Dynamik zeigt, dass sicherheitspolitische Strategien, die auf Repression statt auf soziale Ursachenbekämpfung setzen, langfristig zu einer Reproduktion von Gewalt, Korruption und Ungleichheit führen.

Die zunehmende Präsenz bewaffneter Sicherheitskräfte auf Bananenplantagen verweist auf die tiefgreifende Versicherheitlichung ökonomischer Prozesse. Private Sicherheitsfirmen agieren nicht nur zum Schutz der Produktionsstätten, sondern fungieren zunehmend als Instrumente sozialer Kontrolle. In einem Kontext, in dem staatliche Institutionen schwach und informelle Machtstrukturen stark sind, übernehmen sie Funktionen, die über reine Sicherheitsaufgaben hinausgehen.

Diese Entwicklung trägt dazu bei, bestehende asymmetrische Machtverhältnisse zu stabilisieren. Für viele Arbeiter*innen ist die Präsenz solcher Sicherheitskräfte mit Einschüchterung und dem Verlust kollektiver Handlungsmöglichkeiten verbunden. Gewerkschafterinnen berichten von einer Zunahme an Bedrohungen, insbesondere in Regionen mit hoher Exportorientierung. Die Verbreitung privater Sicherheitsdienste reflektiert damit nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine politische Logik: die Externalisierung von Gewalt und Kontrolle an privatwirtschaftliche Akteure.

Parallel dazu verfolgt die ecuadorianische Regierung – nach eigenen Angaben mit Unterstüt-

zung der Vereinigten Staaten – den Plan, einen eigenen Krieg gegen die Drogen zu initiieren. Eine solche Strategie droht, die bestehende Logik der Militarisierung zu reproduzieren, anstatt die strukturellen Ursachen von Gewalt und sozialer Unsicherheit zu adressieren.

EINE „INSEL DES FRIEDENS“?

Die in westlichen Medien verbreitete Darstellung Ecuadors als „Insel des Friedens“ greift analytisch zu kurz. Sie beruht auf einem sicherheitspolitischen Verständnis von Stabilität, das die sozialen, institutionellen und ökonomischen Dimensionen des Friedens ausblendet. Für die im Rahmen dieses Factsheets befragten Bananenarbeiter*innen ist diese sicherheitspolitische Vorstellung von Frieden unvereinbar mit ihrer alltäglichen Erfahrung struktureller Ungleichheit und politischer Marginalisierung.

Wie Daron Acemoglu und James A. Robinson in *The Narrow Corridor* argumentieren, entsteht Freiheit dort, wo sich Staat und Gesellschaft in einem Gleichgewicht gegenseitiger Kontrolle befinden (2019: 29–31). In Ecuador war der Staat zwar stark genug, um den institutionellen Zusammenbruch zu verhindern, zugleich jedoch zu schwach und oft unwillig, um soziale Gerechtigkeit herzustellen. Dieses Ungleichgewicht führt zu dem, was Johan Galtung als negativen Frieden bezeichnet – die Abwesenheit direkter Gewalt bei fortbestehender struktureller Gewalt (1969: 183–186).

Galtung erweitert den Gewaltbegriff damit über sichtbare Formen hinaus: Gewalt manifestiert sich auch in den sozialen Strukturen, die Menschen systematisch benachteiligen (1969: 168–171). Diese Perspektive lässt sich mit Iris Marion Youngs Konzept struktureller Ungerechtigkeit verknüpfen, das aufzeigt, wie gesellschaftliche Institutionen alltägliche Formen von Exklusion und Abhängigkeit

Für einen Großteil der Frauen sind die Arbeitsbedingungen in der Bananenindustrie noch prekärer als für Männer.



reproduzieren (1990: 15–38). Auf dieser theoretischen Grundlage kann die ecuadorianische Realität nicht als Friedenszustand verstanden werden, sondern als ein System fortgesetzter Ungleichheit, das durch Diskurse kultureller Gewalt legitimiert wird – etwa durch Narrative, die Armut als individuelles Versagen und Ungleichheit als natürliche Ordnung darstellen.

NEGATIVER FRIEDEN IM BANANENSEKTOR

Zur Analyse des in Ecuador vorherrschenden negativen Friedens ist der historische Aufstieg der Familie Noboa von zentraler Bedeutung. Die postkoloniale Bourgeoisie im Sinne Frantz Fanons nahm in Ecuador unterschiedliche Formen an. Während die Eliten des Andenraums koloniale Strukturen fortführten, entstand im Küstengebiet des Río Guayas eine agroindustrielle Oberschicht, die den Zugang zum Welthandel dominierte. Trotz der sehr eingeschränkten sozialen Mobilität war der Zugang zu dieser Oberschicht nicht vollständig gesperrt. In diesem Kontext wurde Luis Noboa Naranjo, der zunächst als Reis-Händler tätig war und in den 1950er Jahren als Bananenzwischenhändler für die United Fruit Company arbeitete, zum dominanten Akteur des Bananenexports.

Noboa belebte den Markt, schuf neue Industrien und avancierte so zur wichtigsten Säule der ecuadorianischen Wirtschaft. Der Staat bedankte sich bei ihm mit mehr als nur symbolischen Gesten: Der gesamte staatliche Apparat wurde so ausgerichtet, dass Noboa ungehindert agieren konnte. Meistens

nahm er diese Hilfe jedoch nicht in Anspruch, denn Noboa wusste genau, wie er sich selbst schützte. Eine seiner Strategien war es, kritische Bananenarbeiter*innen auf Zuckerplantagen zu versetzen, wo sie unter noch härteren Arbeits- und Lebensbedingungen mit Gewalt „umerzogen“ werden sollten. Beim größten Massaker an Arbeiter*innen der jüngeren Geschichte Ecuadors, das 1977 in der staatlichen Zuckerfabrik Aztra stattfand, starben entsprechend auch viele Bananenarbeiter*innen. Ihre Geschichten sind aus dem nationalen Gedächtnis jedoch verschwunden. Die offizielle Zahl der Opfer liegt bei 24, doch lokale Rettungskräfte berichten von mehr als 100 Familien, die ihre Angehörigen erfolglos suchten (Flórez Holguín 2011: 115). Der nächste große Protest folgte erst 25 Jahre später im Jahr 2022 in der vom Noboa-Konzern verwalteten Bananenplantage El Alamo.

Das Aztra-Massaker ereignete sich zu einer Zeit, in der Ecuador von einer Militärdiktatur regiert wurde. Die Rückkehr zur Demokratie im Jahr 1979 brachte Jaime Roldós an die Macht. Mit nur 37 Jahren verfolgte er eine progressive, sozial orientierte Politik und galt somit als Hoffnungsträger der Arbeiterklasse. Roldós starb jedoch, bevor er seine Reformen durchsetzen konnte, bei einem bis heute ungeklärten Flugzeugabsturz. In Ecuador gilt dieser als Attentat. Bei den nächsten Wahlen gewann León Febres Cordero die Präsidentschaft (1984–1988). Er war unter anderem als Manager für mehrere Bananenplantagen des Noboa-Konzerns tätig. Vor allem ältere Bananenarbeiter*innen erinnern sich daran, wie Febres Cordero, bewaffnet und in Begleitung bewaffneter Männer, mit Arbeitsvertretern zusammentraf. Auch im nationalen Kongress zog Febres Cordero einige Male seine Pistole, um politische Gegner einzuschüchtern.

Er führte eine militarisierte Sicherheitspolitik ein, die von der „National Security Doctrine“ der USA aus der Zeit des Kalten Kriegs inspiriert war und im Grunde genommen seit Jahrzehnten im Bananensektor implementiert wird. Diese Doktrin unterschied nicht mehr klar zwischen bewaffneten Gegnern und sozialen Bewegungen. Gewerkschaften, linke Studierendenorganisationen, Menschenrechtsgruppen und Journalist*innen wurden häufig als „subversiv“ oder „terroristisch“ bezeichnet. Während seiner Präsidentschaft sprach Febres Cordero explizit davon, dass sich Ecuador gegen Terroristen und ihre Komplizen in Universitäten und Medien verteidigen müsse. Er bezeichnete diese unter anderem als interne Feinde. Mit dieser Rhetorik sollte staatliche Gewalt in Form von Folter, willkürlichen Inhaftierungen und dem Verschwin-



Ein LKW wird mit Bananen beladen.

Die Bananen werden
größtenteils als Mono-
kultur auf großen
Plantagen angebaut.

denlassen von Menschen legitimiert werden. Laut dem Bericht der ecuadorianischen Wahrheitskommission (Comisión de la Verdad del Ecuador) aus dem Jahr 2010 wurden zwischen 1984 und 1988 mindestens 68 politische Gegner*innen Opfer extralegalen Gewaltaktes, die im Rahmen der „Terrorismusbekämpfung“ verübt wurden (Comisión de la Verdad del Ecuador 2010: 153).

Sein politischer Nachfolger Jaime Nebot – ebenfalls aus Guayaquil und Repräsentant derselben konservativen Elite – versuchte in den 1990er Jahren, die politische Vorherrschaft dieser Gruppe durch zwei Präsidentschaftskandidaturen (1992 und 1996) zu sichern, blieb jedoch erfolglos. Diese Niederlagen markierten den Beginn des politischen Niedergangs der Partido Social Cristiano und schufen den Raum, in dem sich Álvaro Noboa, Sohn von Luis Noboa Naranjo, als „unternehmerische Alternative“ positionierte.

Álvaro Noboas mehrfacher Versuch, das Präsidentenamt zu erlangen, scheiterte unter anderem an seiner Verstrickung in die wirtschaftliche Krise der späten 1990er Jahre. Als ehemaliger Leiter der Bankenaufsichtsbehörde war er in politische Verantwortung für die Bankenkrise involviert. Parallel sorgten internationale Berichte über Kinderarbeit, Ausbeutung und Repression in seinem Konzern, vor allem in der Plantage El Alamo, für Reputationsschäden (Human Rights Watch 2002; Forero 2002). Einige der darin enthaltenen Informationen stammen von einer der für dieses Factsheet interviewten Personen. Erst unter der Regierung Rafael Correa (2007–2017) endete die jahrzehntelange faktische Immunität der Bananenelite. Die Verfassung von 2008 sowie die Enteignung der Noboa-Plantage La Clementina wegen Steuerschulden von über 100 Millionen US-Dollar markierten eine temporäre Verschiebung der Machtbalance zwischen Staat und ökonomischer Elite.

Diese Periode fiel in eine Phase intensiver globaler Debatten über corporate due diligence und unternehmerische Verantwortung. Die Implementierung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und die Überarbeitung der OECD-Leitsätze schufen erstmals normative Bezugspunkte, auf die sich Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen in Ecuador stützen konnten. Europäische Initiativen suchten in dieser Zeit gezielt die Kooperation mit lokalen Gewerkschaften, um menschenrechtliche Standards in globalen Lieferketten zu stärken. Einige



Produzent*innen signalisierten Kooperationsbereitschaft, doch die Dominanz einiger Akteure – insbesondere der Noboa-Gruppe – begrenzte den Handlungsspielraum deutlich.

Nach dem Ende der Correa-Regierung verschärfte sich die politische Repression erneut. Eduardo Ledesma García, Präsident des Verbands der Bananenexporteure (AEBE), diffamierte im Dezember 2017 das Engagement europäischer Organisationen als „European Terrorism“ (Campos 2022: 2). Sein Sohn Raúl Ledesma Huerta, der Arbeitsminister, Gouverneur der Provinz Guayas und Umweltminister unter der Präsidentschaft von Lenín Moreno war (2017–2021), führte aus den unterschiedlichen Positionen Maßnahmen ein, die Arbeiter*innen und Gewerkschaften weiter schwächten. Nach Aussagen befragter Arbeiter*innen waren die Auswirkungen seiner Politik auf die Beschäftigten des Bananensektors „unermesslich“.

Die Versuche eines sozialpartnerschaftlichen Dialogs zwischen den Gewerkschaften SINUTRABE (Sindicato Nacional Único de Trabajadores Bananeros del Ecuador) und ASTAC (Asociación Sindical de Trabajadores Bananeros Agrícolas y Campesinos) mit AEBE blieben ohne substanzielle Ergebnisse. Nach dem Rücktritt des Präsidentenberaters für Bananenangelegenheiten, Juan José Pons, wegen mutmaßlicher Verstrickungen in kriminelle Aktivitäten, kam der Dialog vollständig zum Erliegen. 2023 trat AEBE auf internationalen Messen gemeinsam mit einer nicht legitimierten „dritten Gewerkschaft“ auf, die die Arbeitsbedingungen im Sektor als „positiv“ darstellte – ein Beispiel symbolischer Inklusion bei faktischer Exklusion.

Über
100
Millionen US-Dollar
markierten eine
temporäre
Verschiebung
der Machtbalance
zwischen Staat
und ökonomischer
Elite.

Im selben Jahr kündigte Daniel Noboa Pontón, Enkel von Luis Noboa Naranjo, seine Präsidentschaftskandidatur an. Seine Wahl symbolisierte die Rückkehr der traditionellen Wirtschaftseliten in den Staatsapparat. Als Präsident re-etablierte Noboa die sicherheitspolitische Rhetorik des „Terrorismus“, um soziale Proteste, Studierendenbewegungen und gewerkschaftliche Mobilisierung zu delegitimieren. Mit dem sogenannten „Proyecto de Ley Orgánica de Urgencia Económica“ möchte die Regierung einen Ausnahmezustand einführen, ohne den dafür vorgesehenen Prozess einzuhalten. In diesem Kontext werden menschenrechtliche und arbeitsrechtliche Schutzmechanismen aufgehoben, Privatisierungen werden beschleunigt und Investorenrechte werden über kollektive Arbeitsrechte gestellt (Presidencia de la República 2024). Im Rahmen dieses und anderer Gesetzesprojekte wurden die Steuerschulden der reichsten Konzerne, darunter der Familie Noboa, mit dem Staat annulliert. Nächstes Ziel Nobos ist es, die Verfassung zu ändern.

Die Abschwächung des europäischen Lieferkettengesetzes (Corporate Sustainability Due Diligence Directive) hat diese Dynamik entscheidend begünstigt. Sie signalisiert transnationalen Unternehmen, dass menschenrechtliche Verpflichtungen erneut verhandelbar sind, und entzieht Arbeiterinnen im Globalen Süden ein zentrales Instrument internationaler Verantwortlichkeitsstrukturen. In Ecuador hat dies unmittelbare Folgen: Gewerkschafter*innen, die sich öffentlich für menschenrechtliche Sorgfaltspflichten eingesetzt haben, sehen sich verstärkter Bedrohung ausgesetzt, während der rechtliche Schutz schwindet. Ohne Aussicht auf internationale Kontrolle oder Sanktionen verlieren sie ihre Verhandlungsmacht gegenüber Plantagenbesitzern und Exporteuren – ein Zustand, in dem Angst, Schweigen und Unsichtbarkeit die Rolle politischer Teilhabe übernehmen.

SCHLUSSFOLGERUNG

Die Aussagen der befragten Bananenarbeiter*innen verdeutlichen, dass die in Ecuador herrschenden Machtstrukturen weit über ökonomische Ausbeutung hinausgehen. Sie zeigen, wie strukturelle Gewalt die gesellschaftliche Ordnung prägt, indem sie Ungleichheit stabilisiert und kollektive Handlungsfähigkeit systematisch einschränkt. Diese Gewaltform wird durch kulturelle Gewalt legitimiert – durch Diskurse, die Armut als individuelles Versagen deuten und Repression als notwendige Form der Ordnungssicherung darstellen.

Die unter Daniel Noboa zu beobachtende Rückkehr sicherheitspolitischer Rhetoriken, die soziale Bewegungen als „terroristisch“ markieren, steht exemplarisch für die Reproduktion dieser Dynamik. Der Übergang von direkter zu struktureller und schließlich zu kultureller Gewalt verdeutlicht, dass die Grenzen zwischen ökonomischer Macht und politischer Herrschaft zunehmend verschwimmen. Der daraus resultierende Zustand eines negativen Friedens ist kein stabiler Frieden, sondern Ausdruck einer erzwungenen Ruhe, die auf Angst, Selbstzensur und Unsichtbarkeit beruht.

Ecuador illustriert damit, dass Shrinking Spaces nicht ausschließlich als temporäre Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume zu verstehen sind, sondern als Folge dauerhafter Machtkonstellationen. Sie entstehen dort, wo soziale Ungleichheit, institutionelle Schwäche und externe ökonomische Abhängigkeit ineinandergreifen. Die Analyse zeigt, dass Menschenrechte unter diesen Bedingungen nicht durch formale Normen gesichert werden können, sondern nur durch die Stärkung gesellschaftlicher Strukturen, die kollektives Handeln ermöglichen. ♦

LITERATURVERZEICHNIS

Das Literaturverzeichnis ist hier <https://t1p.de/715op> oder unter diesem QR-Code abrufbar:



FÖRDERER

**ENGAGEMENT
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN

IMPRESSUM

Bonn, November 2025

HERAUSGEBER:

SÜDWIND e.V.
Kaiserstraße 201, 53113 Bonn
Tel.: +49(0)228-763698-0
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

BANKVERBINDUNG SÜDWIND:

KD-Bank
IBAN: DE45 3506 0190 0000 9988 77
BIC: GENODE1DKD

AUTOR: Pablo Campos

REDAKTION UND LEKTORAT:
Sabine Ferenschild, Paula Cécilie
Hummelsheim, Nina Giaramita

V.I.S.D.P.: Dr. Ulrike Dufner

GESTALTUNG:
twotype design, Hamburg

Für den Inhalt dieser
Publikation ist allein der
Herausgeber verantwortlich.

factsheet

Der lange Schatten der Macht:
Shrinking Spaces
im Bananensektor
von Ecuador
2025-15

